

Absender:

Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank)
Strahlenberger Straße 11
63067 Offenbach

Antrag

auf Gewährung eines Zuschusses für ein Sanierungsmanagement als ergänzende Förderung des Eigenanteils bei der Förderung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nach Teil II Nr. 6 der Förderrichtlinien zum Hessischen Energiegesetz vom 09. Oktober 2019.

1. Antragsteller:

Stadt / Gemeinde:	
Anschrift:	
Kreis:	Regierungsbezirk:
Gemeindekennziffer:	
Ansprechpartner/in:	Telefon:
Fax:	E-Mail:
Bankverbindung:	
IBAN:	
BIC:	

2. Angaben zum Projekt

Projekt: Sanierungsmanager
PLZ / Ort, Region:
Bezeichnung der Maßnahme/Projekt:
Durchführungszeitraum: Das Projekt soll in der Zeit vom bis durchgeführt werden.
Integriertes Quartierskonzept wurde erstellt im Zeitraum von bis .
Bearbeiter des Quartierskonzeptes (ausführendes Büro): .

3. Beantragte Zuwendung

Wir beantrage/n die Gewährung eines Zuschusses für vorstehend genanntes Projekt in Höhe von:	
	€
in Worten:	Euro
Die Zuwendung soll wie folgt bereitstehen:	
Monate/Jahr	Zuwendungsteilbetrag
	Euro
	Euro
	Euro
	Euro
	Euro
	Euro
	Euro
	Euro
	Euro
	Euro

4. Ausgabenplan

Für das Förderprojekt entstehen folgende Ausgaben:

Ausgabenposition	Nettobetrag	MwSt.	Bruttobetrag
	€	%	€
	€	%	€
	€	%	€
Gesamtausgaben:	€		€

5. Finanzierungsplan

Gesamtfinanzierung	Betrag inkl. MwSt.
1) Zuwendung des Landes (beantragt)	€
2) bei der KfW beantragter Zuschuss (Bescheid beigefügt)	€
3) Eigenanteil / sonstige Finanzierungen	€
Summe	Euro

7. Vorzulegende Unterlagen:

- Kopie des Bewilligungsbescheides der KfW (**dieser Nachweis ist zwingend erforderlich!**). Die Kriterien des Merkblattes der KfW sind verbindlicher Bestandteil des Programms des Landes Hessen
- Das erstellte integrierte Quartierskonzept

- *Hinweis: Es können weitere Unterlagen angefordert werden, soweit dies für die Beurteilung des Projektes erforderlich ist*

7. Erklärungen des Antragstellers

7.1 Wir erklären, dass mit dem Vorhaben nicht vor Erteilung eines schriftlichen Bewilligungsbescheides begonnen worden ist und vor Erteilung eines schriftlichen Bewilligungsbescheides nicht begonnen wird. Rechtskräftig ist hierbei ein schriftlicher Bewilligungsbescheid der KfW.

7.2 Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und der zusätzlich beigefügten Antragsunterlagen und bestätigen die Kenntnis des Inhaltes

- des Hessischen Energiegesetzes (GVBl. 2012, S. 444)
- der Richtlinien für die energetische Förderung im Rahmen des Hessischen Energiegesetzes vom 09.10.2019 (StAnz. 44/2019, S. 1046).

7.3 Uns ist bekannt, dass folgende im Antrag anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- Angaben zum Antragsteller
- Investitionsort

- Beschreibung und Begründung des Vorhabens, soweit die Angaben als Tatsachen feststehen
- Beginn des Vorhabens
- Angaben zur Finanzierung, soweit sie als Tatsachen feststehen
- Angaben über gegebenenfalls bestehende wirtschaftliche, rechtliche und personelle Verflechtungen zwischen Träger, Betreiber und Nutzer.

Bei diesen Angaben handelt es sich um Tatsachen, von denen nach den Förderrichtlinien die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist.

Uns ist weiterhin bekannt, dass eine Entstellung oder Unterdrückung dieser Tatsachen ggf. als Betrug im Sinne des § 263 StGB strafbar ist. Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I, S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist. Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werden wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der bewilligenden Stelle mitteilen.

7.4 Die Vorgaben der den Zuwendungsbescheiden zugrundeliegenden Richtlinien und allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK) sind uns bekannt und werden beachtet.

Bei der Erteilung von Aufträgen sind die LHO bzw. die für die Zuwendungsempfängerin oder den Zuwendungsempfänger geltenden vergaberechtlichen Bestimmungen einzuhalten.

7.5 Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung des beschriebenen Vorhabens verwandt.

7.6 Wir sind damit einverstanden, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Hessen auf Datenträger gespeichert werden. In diesem Zusammenhang bestätigen wir, dass wir den Datenschutzhinweis auf der nachfolgend genannten Internetseite zur Kenntnis genommen haben:

<https://www.wibank.de/blob/wibank/465030/518ecabebf5f43146fc32f58d5521f5f/wibank-datenschutzhinweise-fuer-kunden-data.pdf>

7.7 Wir sind damit einverstanden, dass die Hessische Landesregierung die Namen der Zuwendungsempfänger sowie Höhe und Zweck der gewährten Zuwendungen veröffentlicht.

7.8 Wir verpflichten uns, bei von mir/uns initiierten Veröffentlichungen über das geförderte Vorhaben einen Hinweis zur Förderung mit Mitteln des Landes durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen aufzunehmen.

7.9 Darüber hinaus gewähren wir der Bewilligungsbehörde das grundsätzliche Veröffentlichungsrecht an allen mit dem geförderten Vorhaben verbundenen energierelevanten Daten, Fotos, Zeichnungen und Plänen. Soweit es für die Vorbereitung einer solchen Veröffentlichung geboten ist, gestatte ich/gestatten wir der Bewilligungsbehörde oder dem/den von ihr Beauftragten die Besichtigung des geförderten Vorhabens nach vorheriger Terminabsprache.

7.10 Wir sind damit einverstanden, an einer Evaluierung der technischen und wirtschaftlichen Ergebnisse (Teilnahme an Erfahrungsgruppe) sowie an einer Bilanzierung der CO₂-Einsparung mitzuwirken und Daten an das für Energie zuständige Ministerium oder dessen Beauftragte auf Anfrage zu liefern. Wir erklären unser Einverständnis, dem für Energie zuständigen Ministerium oder dessen Beauftragten anlassbezogen eine Beteiligung am Entwicklungsprozess der Maßnahme zu gewähren.

Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

(Ort, Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift/en
und Dienstsiegel)